

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Juli 1997 zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des beruflichen Übergangsprogramms

Aufgrund der Artikel 1, 39 und 134 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen, insbesondere Artikel 6 und 92bis, § 1;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Juli 1997 bezüglich des beruflichen Übergangsprogramms;

In Erwägung der Notwendigkeit, das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Juli 1997 über die Einsetzung eines beruflichen Übergangsprogramms abzuändern, um den Abänderungen am Zusammenarbeitsabkommen vom 4. März 1997 zwischen dem Föderalstaat und den Regionen Rechnung zu tragen, die durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 15. Mai 1998 zwischen dem Föderalstaat und den Regionen bezüglich des beruflichen Übergangsprogramms vorgenommen wurden;

Die Wallonische Region, vertreten durch ihre Regierung in der Person des Ministerpräsidenten und in der Person des Ministers des Haushaltes und der Finanzen, der Beschäftigung und der Ausbildung;

Die Französische Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in der Person des Ministerpräsidenten;

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in der Person des Ministerpräsidenten und in der Person des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1 - Artikel 3 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Juli 1997 bezüglich des beruflichen Übergangsprogramms wird durch folgenden Absatz ersetzt:

«Die beruflichen Übergangsprogramme finden keine Anwendung auf Sektoren, die in Genuß der Maßnahmen "Maribel Social" kommen. Dieses Verbot wird nach Abänderung des Artikels 4, § 2 des Königlichen Erlasses vom 5. Februar 1997 bezüglich der Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung im nicht-kommerziellen Sektor ab dem 1. Juli 1998 aufgehoben, so daß eine in einem beruflichen Übergangsprogramm beschäftigte Person nicht als neueingestellte Person in Anwendung des "Maribel Social" gelten kann und dies sobald die zuständigen Verwaltungen ein Verfahren eingeführt haben, das die Kontrolle dieser Vorschrift erlaubt».

Artikel 2 - Sobald der Einstellungsplan für die Förderung der Beschäftigung von Arbeitsuchenden der durch Kapitel II des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 betreffend soziale und andere Maßnahmen auf Jugendlichen unter 25 Jahren, die kein Diplom der Oberen Sekundarschulwesens haben und die seit mindestens 9 Monate Arbeitslosenunterstützung oder Wartegeld beziehen (die Wartezeit wird angerechnet) ausgeweitet worden ist, wird Artikel 6 desselben Zusammenarbeitsabkommens durch folgende Regelung ersetzt:

«Artikel 6 - Können in einem beruflichen Übergangsprogramm beschäftigt werden:

— Vollarbeitslose unter 25 Jahren, die kein Diplom, keine Bescheinigung oder kein Brevet der oberen Sekundarstufe besitzen und die am Tage der Einstellung entweder Wartebelohnungen beziehen und seit mindestens 9 Monaten als Arbeitssuchende eingeschrieben sind oder die seit mindestens 9 Monaten Arbeitslosenunterstützung oder das Existenzminimum beziehen;

— Vollarbeitslose, die Wartebelohnungen beziehen und die seit mindestens 12 Monaten als Arbeitssuchende eingeschrieben sind;

— Vollarbeitslose, die seit mindestens 24 Monaten eine Arbeitslosenunterstützung beziehen, einschließlich derjenigen Arbeitslosen, die im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagenturer Leistungen erbracht haben;

— Arbeitslosen, die seit mindestens 12 Monaten das Existenzminimum beziehen.

Bei der Durchführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens werden die im Bevölkerungsregister eingeschriebenen Sozialhilfeempfänger, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft kein Anrecht auf das Existenzminimum haben, den Empfängern des Existenzminimums gleichgestellt».

Artikel 3 - Artikel 7 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 7 § 1 - Außer der Pauschalzulage des Föderalstaates und der Anwendung des Beschäftigungsplans für die Förderung der Anwerbung von Arbeitsuchenden, wie sie in Artikel 7 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und den Regionen bezüglich des beruflichen Übergangsprogramms vom 4. März 1997, abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Regionen vom 15. Mai 1998 bezeichnet sind, gibt die Beschäftigung im beruflichen Übergangsprogramm Anlaß zur Übernahme der Entlohnung und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, wenn die Tätigkeiten, die sie ausüben in den Kompetenzbereich einer der beiden Gemeinschaften fallen

1° durch Gewährung einer Pauschalzulage der Wallonischen Region in Höhe von:

a) 7 000,- BEF pro Monat, wenn der Arbeitnehmer mindestens halbezeit beschäftigt ist;

b) 12 500,- BEF pro Monat, wenn der Arbeitnehmer mindestens vierfünftelzeit beschäftigt ist;

2° durch Gewährung einer Pauschalzulage der Französischen Gemeinschaft oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Höhe von:

a) 7 000,- BEF pro Monat, wenn der Arbeitnehmer mindestens halbezeit beschäftigt ist;

b) 12 500,- BEF pro Monat, wenn der Arbeitnehmer mindestens vierfünftelzeit beschäftigt ist;

3° durch den Arbeitgeber in Höhe des Saldos, der es erlaubt, den Entlohnungsbetrag zu erreichen, der dem normalen Barema entspricht, das bei diesem Arbeitgeber für dieselbe Funktion oder eine gleichwertige Funktion einschließlich Urlaubsgeld, Jahresendprämie und anderen Zulagen und Vorteilen entspricht, die bei diesem Arbeitgeber Anwendung finden.

§ 2 - Die in § 1 vorgesehenen Subventionsbeträge dürfen nicht dazu führen, daß die Zulagen des Föderalstaates die Anwendung des Einstellungsplanes, die Subventionen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft und gegebenenfalls die Entschädigungen an die Arbeitgeber seitens der Nutznießer der Dienstleistungen, die durch die Arbeitnehmer erbracht wurden, die im beruflichen Übergangsprogramm beschäftigt sind, das Einkommen und die entsprechenden Sozialbeiträge übersteigen, die in § 1 3° angegeben sind.

In diesem Falle werden die in § 1 vorgesehenen Subventionsbeträge entsprechend gekürzt.

§ 3 - Der in § 1 und § 2 beschriebene Subventionsbetrag wird zum Datum des Beginns der Ausführung des Arbeitsvertrages festgelegt und ist für den gesamten Beschäftigungszeitraum im Rahmen dieses Arbeitsvertrages geschuldet unbeschadet Einfluß der Höchstbeschäftigungsdauer, wie sie in Artikel 9 festgelegt ist.»

Artikel 4 - Artikel 9 desselben Zusammenarbeitsabkommens ist durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 9 - Die Arbeitnehmer werden auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags eingestellt, dessen Arbeitsregelung mindestens einer Halbzeitbeschäftigung entspricht.

Ihre Beschäftigung im Rahmen des beruflichen Übergangsprogramms dauert höchstens 2 Jahre.

Hingegen ist die Beschäftigung höchstens 3 Jahre im Falle von:

1° Arbeitnehmern, die vorher Leistungen im Rahmen von lokalen Beschäftigungsagenturen erbracht haben;

2° Arbeitnehmern, die üblicherweise in Gemeinden wohnen, die am 30. Juni eines jeden Jahres eine Arbeitslosenquote aufweisen, die mindestens 20 % über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote der Wallonischen Region liegt. Die Liste der betroffenen Gemeinden wird zum ersten Male am 30. Juni 1997 festgelegt.»

Artikel 5. Die Subvention von 12 000,- BEF im Monat, wie sie in Artikel 7 § 1 1° b) und 2° b) des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Juli 1997 zwischen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des beruflichen Übergangsprogrammes festgelegt wird, bevor es durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen abgeändert wurde, wird weiterhin für Beschäftigungen von mindestens Dreiviertelzeit angewandt im Rahmen eines Arbeitsvertrages, dessen Ausführung vor dem 1. Januar 1999 angefangen hat und dies solange der Arbeitsvertrag nicht beendet wurde.

Artikel 6 - Das Zusammenarbeitsabkommen tritt am 15. Mai 1998 in Kraft.

Namür, den 3. Juni 1998 in 5 Originalausfertigungen ausgestellt.

Für die Wallonischen Region:

Der Minister-Präsident,

R. COLLIGNON

Der Minister des Haushalts und der Finanzen, der Beschäftigung und der Ausbildung,

J.-Cl. VAN CAUWENBERGHE

Für die Französische Gemeinschaft:

Die Minister-Präsidentin,

Frau L. ONKELINX

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,

J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 99 — 639

[S - C - 98/33122]

26 OCTOBRE 1998. — Décret portant assentiment à l'accord de coopération entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone modifiant l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif au programme de transition professionnelle (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. L'accord de coopération entre la Région Wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone modifiant l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région Wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif au programme de transition professionnelle, annexé au présent décret, est approuvé.

Art. 2. Le présent décret entre en vigueur le 15 mai 1998.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 26 octobre 1998.

J. MARAITE,

Le Ministre-Président,

Le Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales.

W. SCHRÖDER,

Le Ministre de l'enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites.

Note

(1) *Session 1998-1999.*

Documents du Conseil. — Projet de décret 123 (1998-1999) N° 1. — Rapport 123 (1998-1999) n° 2.

Rapport intégral. — Discussion et vote. Séance du 26 octobre 1998.

Accord de coopération entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone modifiant l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté Germanophone relatif au programme de transition professionnelle

Vu les articles 1^{er}, 39 et 134 de la Constitution;

Vu la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, notamment les articles 6 et 92bis, § 1^{er};

Vu l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone du 3 juillet 1997 relatif au programme de transition professionnelle;

Considérant qu'il est nécessaire que l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif au programme de transition professionnelle soit modifié afin de tenir compte des modifications apportées, à l'accord de coopération du 4 mars 1997 entre l'Etat fédéral et les Régions relatif au programme de transition professionnelle, par l'accord de coopération du 15 mai 1998 entre l'Etat fédéral et les Régions;

La Région wallonne représentée par son Gouvernement en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre du Budget et des Finances, de l'Emploi et de la Formation;

La Communauté française, représentée par son Gouvernement en la personne de la Ministre-Présidente;

La Communauté germanophone, représentée par son Gouvernement en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Ont convenu ce qui suit :

Article 1^{er}. L'article 3, alinea 2, de l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif au programme de transition professionnelle est remplacé par l'alinéa suivant:

« Les programmes de transition professionnelle ne sont pas applicables dans les secteurs qui bénéficient de la mesure « Maribel social ». Cette interdiction sera levée à partir du 1^{er} juillet 1998, après modification de l'article 4, § 2, de l'arrêté royal du 5 février 1997 portant de mesures visant à promouvoir l'emploi dans le secteur non marchand de manière à ne pas pouvoir considérer un travailleur occupé dans le programme de transition professionnelle comme un travailleur nouvellement engagé en application du Maribel social et après la mise en place de la procédure de contrôle du respect de cette disposition par les administrations compétentes. »

Art. 2. A partir du moment où le plan d'embauche pour la promotion du recrutement des demandeurs d'emploi, institué par le chapitre II du titre IV de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses, aura été élargi aux jeunes de moins de 25 ans qui n'ont pas le diplôme de l'enseignement secondaire supérieur et qui bénéficient depuis au moins 9 mois d'allocations de chômage ou d'allocations d'attente (la période d'attente étant assimilée), l'article 6 du même accord de coopération sera remplacé par la disposition suivante:

« Art. 6. Peuvent être engagés dans un programme de transition professionnelle:

— les chômeurs complets demandeurs d'emploi de moins de 25 ans, qui ne disposent pas d'un diplôme, d'une attestation ou d'un brevet de l'enseignement secondaire supérieur, et qui, au jour de l'engagement, soit bénéficient d'allocations d'attente et sont inscrits comme demandeurs d'emploi depuis au moins neuf mois, soit bénéficient d'allocations de chômage depuis au moins neuf mois, soit bénéficient du minimum de moyens d'existence depuis au moins neuf mois;

— les chômeurs complets qui bénéficient d'allocations d'attente et qui sont inscrits comme demandeurs d'emploi depuis au moins 12 mois;

— les chômeurs complets qui bénéficient d'allocations de chômage depuis au moins 24 mois, dont les chômeurs qui ont effectué des prestations dans le cadre des agences locales pour l'emploi;

— et les demandeurs d'emploi qui bénéficient du minimum de moyens d'existence depuis au moins 12 mois.

Pour l'application du présent accord de coopération, les bénéficiaires de l'aide sociale inscrits au registre de la population et qui n'ont pas droit au minimum de moyens d'existence en raison de leur nationalité, sont assimilés aux bénéficiaires du minimum de moyens d'existence. »

§ 3. L'article 7 du même accord de coopération est remplacé par la disposition suivante:

« Art. 7. § 1^{er}. Outre l'allocation forfaitaire de l'Etat fédéral et l'application du plan d'embauche pour la promotion du recrutement des demandeurs d'emploi visées par l'article 7, § 1^{er}, de l'accord de coopération du 4 mars 1997 entre l'Etat fédéral et les Régions relatif au programme de transition professionnelle, modifié par l'accord de coopération du 15 mai 1998 entre l'Etat fédéral et les Régions, l'occupation dans le programme de transition professionnelle donne lieu à la prise en charge de la rémunération et des cotisations sociales des travailleurs lorsque les activités qu'il exercent relèvent de la compétence d'une de deux Communautés

1° par l'octroi d'une subvention forfaitaire de la Région wallonne qui s'élève à:

a) 7 000 F par mois si le travailleur est occupé au moins à mi-temps;

b) 12 500 F par mois si le travailleur est occupé au moins à quatre cinquièmes temps;

2° par l'octroi d'une subvention forfaitaire de la Communauté française ou de la Communauté germanophone qui s'élève à:

a) 7 000 F par mois si le travailleur est occupé au moins à mi-temps;

b) 12 500 F par mois si le travailleur est occupé au moins à quatre cinquièmes temps,

3° par l'employeur à concurrence du solde de manière à atteindre le montant de la rémunération correspondant au barème ordinaire en vigueur chez cet employeur pour la même fonction ou pour une fonction équivalente y compris le pécule de vacances, la prime de fin d'année et les autres allocations et avantages applicables chez cet employeur.

§ 2. Les montants des subventions visées au § 1^{er} ne peuvent avoir pour effet que l'allocation de l'Etat fédéral, l'application du plan d'embauche, les subventions de la Région wallonne, de la Communauté française et de la Communauté germanophone et, le cas échéant, les rétributions données aux employeurs par les bénéficiaires des services rendus par les travailleurs occupés dans le programme de transition professionnelle dépassent la rémunération visée au § 1^{er}, 3°, et les cotisations sociales y afférentes.

Dans ce cas, les montants des subventions visées au § 1^{er} sont réduits à due concurrence.

§ 3. Le montant des subventions visées aux §§ 1^{er} et 2 est fixé à la date de début de l'exécution du contrat de travail et est dû pendant toute la période d'occupation dans les liens de ce contrat de travail sans préjudice de la durée maximale d'occupation prévue à l'article 9. »

Art. 4. L'article 9 du même accord de coopération est remplacé par la disposition suivante :

« Art. 9. Les travailleurs sont engagés dans les liens d'un contrat de travail dont le régime de travail est au moins égal à un mi-temps.

Leur occupation dans le cadre du programme de transition professionnelle est de deux ans maximum.

Toutefois, l'occupation est de trois ans maximum en ce qui concerne :

1° les travailleurs qui ont effectué précédemment des prestations dans le cadre des agences locales pour l'emploi;

2° les travailleurs qui résident habituellement dans les communes ayant le 30 juin de chaque année un taux de chômage dépassant de 20 % au moins le taux de chômage moyen de la Région wallonne. La liste des communes concernées est établie pour la première fois le 30 juin 1997. »

Art 5. La subvention de 12 000 F par mois visée à l'article 7, § 1^{er}, 1°, b, et 2°, b, de l'accord de coopération du 3 juillet 1997 entre la Région wallonne, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif au programme de transition professionnelle avant qu'il n'ait été modifié par le présent accord de coopération, reste d'application en cas d'occupation à 3/4 temps au moins dans les liens d'un contrat de travail qui a commencé à être exécuté avant le 1^{er} janvier 1999 et aussi longtemps que ce contrat de travail n'a pas pris fin.

Art. 6. Le présent accord de coopération produit ses effets le 15 mai 1998.

Fait à Namur, le 3 juin 1998 en 5 exemplaires originaux.

Pour la Région wallonne :

R. COLLIGNON,

Le Ministre-Président.

J.-Cl. VAN CAUWENBERGHE,

Le Ministre du Budget et des Finances, de l'Emploi et de la Formation.

Pour la Communauté française :

Mme L. ONKELINX,

La Ministre-Présidente.

Pour la Communauté germanophone :

J. MARAITE,

Le Ministre-Président.

K.-H. LAMBERTZ,

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales.

VERTALING

N. 99 — 639

[S - C - 98/33122]

26 OKTOBER 1998. — Decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap omtrent het doorstromingsprogramma (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Het samenwerkingsakkoord tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap omtrent het doorstromingsprogramma, dat dit decreet bijgevoegd is, wordt goedgekeurd.

Art. 2. Dit decreet treedt in werking op 15 mei 1998.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 26 oktober 1998.

J. MARAITE,

De Minister-President,

De Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme.

K.-H. LAMBERTZ,

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden.

W. SCHRÖDER,

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek en Monumenten en Landschappen.

Nota

(1) *Zitting 1998-1999.*

Bescheiden van de Raad. — Ontwerp van decreet 123 (1998-1999) nr. 1. — Verslag 123 (1998-1999) nr. 2.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 26 oktober 1998.

Samenwerkingsakkoord tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende doorstromingsprogramma's

Gelet op de artikelen 1, 39 en 134 van de Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, inzonderheid op de artikelen 6 en 92bis, § 1;

Gelet op het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende doorstromingsprogramma's,

Overwegende dat het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende doorstromingsprogramma's gewijzigd moet worden ten gevolge van de wijzigingen die bij het samenwerkingsakkoord van 28 januari 1998 tussen de Federale Staat en de Gewesten werden aangebracht in het op 4 maart 1997 gesloten samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Gewesten betreffende doorstromingsprogramma's;

Het Waalse Gewest, vertegenwoordigd door zijn Regering, in de persoon van de Minister-President en van de Minister van Begroting en Financiën, Tewerkstelling en Vorming;

De Franse Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar Regering in de persoon van de Minister-Voorzitter;

De Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar Regering, in de persoon van de Minister-President en van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Zijn overeengekomen wat volgt :

Artikel 1. Artikel 3, tweede lid, van het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende doorstromingsprogramma's, wordt vervangen als volgt :

« De doorstromingsprogramma's zijn niet van toepassing in de sectoren die het voordeel van de "sociale Maribel"-maatregel genieten". Dit verbod wordt op 1 juli 1998 opgeheven, na wijziging van artikel 4, § 2, van het koninklijk besluit van 5 februari 1997 houdende maatregelen met het oog op de bevordering van de tewerkstelling in de non-profit sector opdat een in het doorstromingsprogramma tewerkgestelde werknemer niet kan worden beschouwd als een werknemer die onlangs in dienst werd genomen op grond van de "sociale Maribel"-maatregel en na de instelling van de procedure voor de controle op de naleving van deze bepaling door de bevoegde besturen. »

Art. 2. Zodra het bij hoofdstuk II van de wet van 21 december 1994 houdende sociale en diverse bepalingen ingestelde banenplan ter bevordering van de tewerkstelling van werkzoekenden uitgebreid wordt tot de jongeren van minder dan 25 jaar die geen diploma van het hoger secundair onderwijs hebben en sinds minstens 9 maanden werkloosheids- of wachtuitkeringen (wachtijd ingerekend) genieten, wordt artikel 6 van hetzelfde samenwerkingsakkoord vervangen als volgt :

"Art. 6. De volledig werklozen die wachtuitkeringen genieten en sinds ten minste 9 maanden als werkzoekenden ingeschreven zijn, de volledig werklozen van minder dan 25 jaar die sedert ten minste 9 maanden werkloosheidsuitkeringen genieten, de volledig werklozen die sedert ten minste 24 maanden werkloosheidsuitkeringen genieten, onder wie de werklozen die diensten hebben verstrekt in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap en de werkzoekenden die op de dag voor hun indienstreding sedert minstens 9 maanden het bestaansminimum genieten, kunnen aangeworven worden in het kader van een doorstromingsprogramma, voor de toepassing van dit samenwerkingsakkoord worden de in het bevolkingsregister ingeschreven begunstigden van sociale hulp die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het bestaansminimum, gelijkgesteld met bestaansminimumtrekkers. »

Art. 3. Artikel 7 van hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt vervangen als volgt :

« Art. 7. § 1. Naast de forfaitaire toelage van de Federale overheid en de toepassing van het banenplan ter bevordering van de tewerkstelling van werkzoekenden, bedoeld in artikel 7, § 1, van het op 4 maart 1997 gesloten samenwerkingsakkoord tussen de Federale overheid en de Gewesten betreffende doorstromingsprogramma's, geeft tewerkstelling in het doorstromingsprogramma aanleiding tot de tenlasteneming van het loon en de sociale premies van de werknemers wanneer hun activiteiten onder de bevoegdheid van één van beide Gemeenschappen vallen :

1° door de toekenning van een forfaitaire subsidie van het Waalse Gewest van :

- a) 7 000 BEF per maand indien de werknemer minstens halftijds tewerkgesteld is;
- b) 12 500 BEF per maand indien de werknemer minstens 4/5 tijds tewerkgesteld is;

2° door de toekenning van een forfaitaire subsidie van de Franse Gemeenschap of de Duitstalige Gemeenschap van :

a) 7 000 BEF per maand indien de werknemer minstens halftijds tewerkgesteld is;

b) 12 500 BEF per maand indien de werknemer minstens 4/5 tijds tewerkgesteld is;

3° door de werkgever, ten belope van het saldo om het loonbedrag te bereiken dat overeenstemt met de gewone loonschaal die bij hem van kracht is voor hetzelfde of een gelijkwaardig ambt, met inbegrip van het vakantiegeld, de eindejaarspremie en de andere toelagen en voordelen die bij hem van toepassing zijn.

§ 2. De in § 1 bedoelde subsidiebedragen mogen niet als gevolg hebben dat de toelage van de Federale Staat, de toepassing van het banenplan, de subsidies van het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap, en, in voorkomend geval, de vergoedingen die aan de werkgevers betaald worden door de begunstigen van diensten verleend door de in het doorstromingsprogramma tewerkgestelde werknemers, meer bedragen dan het in § 1, 3°, bedoelde loon en de desbetreffende sociale premies.

In dit geval worden de in § 1 bedoelde subsidiebedragen tot het passende beloop verminderd.

§ 3. Het bedrag van de in § 1 en § 2 bedoelde subsidies wordt vastgesteld op de eerste dag van de uitvoering van de arbeidsovereenkomst en is verschuldigd gedurende de hele tewerkstellingsperiode, onverminderd de maximale duur bedoeld in artikel 9. »

Art. 4. Artikel 9 van hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt vervangen als volgt :

"Art. 9. De werknemers worden aangeworven bij een arbeidsovereenkomst die minstens een halftijdse baan betreft.

Hun tewerkstelling in het kader van een doorstromingsprogramma duurt maximum twee jaar.

De tewerkstelling kan echter maximum drie jaar duren voor :

1° werknemers die vroeger diensten hebben verstrekt in het kader van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen;

2° werknemers die doorgaans woonachtig zijn in gemeenten waarin het werkloosheidscijfer jaarlijks op 30 juni minstens 20 % hoger is dan het gemiddelde werkloosheidscijfer van het Waalse Gewest. De lijst van de betrokken gemeenten wordt voor de eerste keer op 30 juni 1997 opgemaakt. »

Art. 5. De maandelijksse subsidie van 12 000 BEF, bedoeld in artikel 7, § 1, 1°, b, en 2°, b, van het samenwerkingsakkoord van 3 juli 1997 tussen het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende doorstromingsprogramma's voordat het bij dit samenwerkingsakkoord werd gewijzigd, wordt verder uitbetaald als de werknemer minstens 4/5 tijds tewerkgesteld is bij een arbeidsovereenkomst die begint te lopen voor 1 januari 1999, en zolang die arbeidsovereenkomst loopt. »

Art. 6. Dit samenwerkingsakkoord treedt in werking op 15 mei 1998.

Gedaan te Namen, op 3 juni 1998 in 5 originele exemplaren.

Voor het Waalse Gewest :

R. COLLIGNON,

Minister-President.

J.-Cl. VAN CAUWENBERGHE,

De Minister van Begroting, Financiën, Tewerkstelling en Opleiding.

Voor de Franse Gemeenschap :

Mevr. L. ONKELINX,

De Minister-Voorzitter.

Voor de Duitstalige Gemeenschap :

J. MARAITE,

De Minister-President.

K.-H. LAMBERTZ,

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden.